

Oberösterreich Schlusslicht beim Klimaschutz

Oberösterreich muss Klima-Masterplan überarbeiten, Klimaneutralität 2040 festlegen und Windkraftausbau ermöglichen

Linz, am 20.7.2021: Laut einer aktuellen Studie ist OÖ nicht nur beim Treibhausgas-Ausstoß, sondern auch beim Energieverbrauchs-Anstieg, beim Ausbau der Erneuerbaren und bei den gesetzten Klimazielen Schlusslicht. „Oberösterreich muss vorhandene Potentiale nutzen und den Ausbau der Windräder wieder starten“ fordert Joachim Payr von der IG Windkraft Oberösterreich „In der EU ist der Zug Richtung Klimaschutz abgefahren, Oberösterreich ist aber nicht dabei. Beim Klimaschutz herrscht in Oberösterreich totaler Stillstand. Die Bereitschaft, sich zu Zielen zu bekennen, fehlt. Langfristig gesehen wird das dem Bundesland schaden und viele Chancen, die der Klimaschutz bietet, verhindern“, so Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft.

Oberösterreich ist Klima-Schlusslicht

Mit 21,5 Mio. t CO₂ lagen 2018 die Treibhausgas-Emissionen (THG-Emissionen) in Oberösterreich noch immer auf dem Niveau der 1990er Jahre. Von 1990 bis 2018 ist der Gesamtenergieverbrauch um +51 % gestiegen und liegt damit über dem Durchschnitt Österreichs. Der Anteil erneuerbarer Energie am Gesamtenergieverbrauch war 2018 in Oberösterreich einer der niedrigsten in Österreich.

Stillstand durch fehlende Ziele

Oberösterreich ist das einzige Bundesland dessen Ambitionen für die Reduktion der THG-Emissionen unter jenen des Bundes liegen. Es existiert auch kein Bekenntnis zur Klimaneutralität 2040. „Oberösterreich ist damit jenes Bundesland, das am weitesten von der Klimaneutralität entfernt ist“, erklärt Hohensinner und bemängelt: „Noch dazu wurde erst kürzlich im Umweltausschuss des OÖ Landtags das Ziel der Klimaneutralität bis 2040 von der ÖVP, FPÖ und SPÖ abgelehnt. Selbst der Rechnungshof empfiehlt ausdrücklich, dass das Land ambitionierte und verbindliche THG-Reduktionsziele festlegen soll. Klimaschutzpolitik sieht anders aus.“

Oberösterreich im Klima-Check

Anfang Mai startete die Klima-Allianz OÖ eine Befragung bei der alle zur Landtagswahl antretenden Parteien der 438 oberösterreichischen Gemeinden befragt wurden, ob sich die Bundes-Ziele mit ihren zukünftigen politischen Zielen decken. 80 % der teilnehmenden Gemeindepolitiker*innen unterstützen das Ziel der Klimaneutralität bis 2040 in ihrer Gemeindepolitik – quer durch alle Parteien. „Das zeigt, dass sich die Gemeinden zur Klimaneutralität bekennen. Nun fordern wir die Landesregierung und die SPÖ auf, ihren Kurs ebenfalls auf die Klimaschutzlinie einzuschwenken“, so Hohensinner.

OÖ bei Erneuerbaren hinten nach

Oberösterreich hat auch kein Ziel für den Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch definiert. Dadurch ist das Land auch vom Nettostrom-Exporteur zum -Importeur geworden. Konnten vor 20 Jahren noch 1,6 TWh Strom exportiert werden, wurden bereits 2018 3,1 TWh Strom importiert. „Seit Jahren geht beim Ausbau der Erneuerbaren Energien in Oberösterreich viel zu wenig weiter. Stattdessen importieren wir 18 % Atom- und Kohlestrom aus dem Ausland“, ärgert sich Payr.

Windkraftausbau wieder aufnehmen

Vor 25 Jahren wurde der erste österreichische Windpark in Oberösterreich errichtet. Dann wurden die Rahmenbedingungen geändert und der Windkraftausbau kam zum Erliegen. „Seit acht Jahren herrscht Stillstand beim Windkraftausbau in Oberösterreich und das nicht, weil hier kein Wind weht, sondern weil die Landesregierung den Windkraftausbau systematisch verhindert“, bemerkt Payr: „Mit guten Rahmenbedingungen könnte 2030 mit nur 90 Windrädern mit einer Leistung von 500 MW 1 TWh sauberer Strom für rund 100.000 Haushalte, 100.000 Wärmepumpen und 100.000 Elektrofahrzeuge in Oberösterreich erzeugt werden.“

Windkraft bringt Arbeitsplätze und heimische Wertschöpfung

Jedes Windrad bringt 21 Jahresarbeitsplätze bei der Errichtung und zwei Dauerarbeitsplätze für den Betrieb und die Wartung der Anlage. „Der Ausbau der Windkraft ist ein regelrechter Wirtschaftsturbo“, bemerkt Moidl und ergänzt abschließend: „Gerade jetzt nach dem Beschluss des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes könnte die Windbranche durch das Herausinvestieren nach der Corona-Pandemie helfen, Arbeitsplätze und heimische Wertschöpfung sicherzustellen.“